

Länderanalyse *Brasilien*

1. Strukturdaten

Fläche:	8.547.404 km ²
Bevölkerung:	189,3 Mio. Einw. (2007)
Bevölkerungsdichte:	22 Einw./km ²
Hauptstadt:	Brasília
BIP pro Kopf:	6.844 US-Dollar (2007)
Währung:	Real (BRL)
Wechselkurs:	1,66 BRL/USD
	2,62 BRL/EUR



2. Politische Lage

Präsident Luiz Inácio Lula da Silva kann sich mit Zustimmungsraten von über 70% auf einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung stützen. Seine Popularität begründet sich vor allem auf dem wirtschaftlichen Aufschwung und dem 2003 aufgelegten Transferzahlungsprogramm „Bolsa Família“, das rund ein Viertel der brasilianischen Bevölkerung erreicht und damit das weltgrößte Umverteilungsprogramm zur Armutsbekämpfung ist. Der Erhalt der Transferzahlungen ist an verschiedene Bedingungen geknüpft, z.B. einen verpflichtenden Schulbesuch für die Kinder in den Empfängerhaushalten. Erste Erfolge zeigen sich bereits anhand der gestiegenen Schulbeteiligung und der verringerten Einkommensungleichheit in den armen Landesregionen. Der nächste Schritt muss nun die Verbesserung der Qualität des Bildungssystems sein, um der gestiegenen Schülerzahl eine vernünftige Ausbildung zu ermöglichen. Die Verringerung der Armut ist zudem der langfristig erfolgversprechendste Weg bei der Bekämpfung der teilweise eskalierenden Gewaltkriminalität, vor allem in den Armenvierteln („Favelas“) der Großstädte.

Die Durchsetzung größerer Strukturreformen erweist sich angesichts der starken Fragmentierung des politischen Systems alles andere als einfach. Bei den letzten Parlamentswahlen im Oktober 2006 zogen insgesamt 21 Parteien in das Abgeordnetenhaus ein. Nach langwierigen Verhandlungen bildete sich eine Mitte-Links-Regierungskoalition von nicht weniger als 11 Parteien, darunter der „Partido dos Trabalhadores“ (PT) von Präsident Lula. Die Parteienbindung der Abgeordneten ist sehr gering. Regionale Partikularinteressen spielen eine große Rolle, da das komplexe Wahlrecht eine proportionale Vertretung der 26 Bundesstaaten im Parlament vorsieht. Verschiedene Korruptionsskandale behindern die Arbeit der Regierung

zusätzlich. Der Reformprozess kommt daher nur sehr schleppend voran, zumal die nächsten Wahlen bereits ihre Schatten voraus werfen. Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stehen zwar erst wieder im Oktober 2010 an, doch die Kandidaten beginnen bereits jetzt, sich in Stellung zu bringen. Im Oktober 2008 finden zudem Kommunalwahlen statt. Der wirtschaftliche Aufschwung hat zusätzlich zur Reformmüdigkeit beigetragen, da er die strukturellen Probleme des Landes verdrängt. Auf der innenpolitischen Agenda steht zwar momentan eine Fiskalreform, die das Steuersystem vereinfachen und Anreize zu „Steuerkriegen“ zwischen den Bundesländern abschaffen soll. Mit einer schnellen Verabschiedung ist jedoch nicht zu rechnen. Darüber hinaus wird für die Implementierung der Reform ein Zeitraum von mehreren Jahren veranschlagt. Daneben sind Reformen des Rentensystems und des Arbeitsmarkts notwendig.

Der Schwerpunkt der Außenpolitik liegt auf den regionalen Integrationsbestrebungen. Dieser Prozess kommt jedoch aufgrund unterschiedlicher nationaler Interessen nur stockend voran. Am 23. Mai 2008 wurde in Brasília der Gründungsvertrag für ein neues Bündnis aller 12 unabhängigen Staaten Südamerikas unterzeichnet. Die Union Südamerikanischer Nationen UNASUR bringt damit die Mitglieder des MERCOSUR und der Andengemeinschaft sowie Chile, Guyana und Suriname unter einem Dach zusammen, wenngleich der neue Staatenverbund bisher kaum über politische Entscheidungsbefugnisse verfügt. Mittel- bis langfristig soll der Integrationsprozess nach dem Vorbild der Europäischen Union weiter voranschreiten. Bereits Ende des vergangenen Jahres wurde die Bank des Südens gegründet, die vornehmlich als Alternative zum IWF und der Weltbank Entwicklungsprojekte in den UNASUR-Staaten finanzieren soll.

In internationalen Verhandlungen tritt Brasilien als Wortführer der Entwicklungsländer auf und strebt dabei insbesondere im Rahmen der Doha-Runde nach einer Liberalisierung des weltweiten Agrarhandels und einem Abbau der umfangreichen Agrarsubventionen in den Industrienationen. In einer gemeinsamen Abschlusserklärung zum EU-Lateinamerika-Gipfel im Mai 2008 unterstrichen die MERCOSUR-Staaten und die Europäische Union ihre Absicht, die Verhandlungen um ein gemeinsames Assoziationsabkommen zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Ein maßgeblicher Streitpunkt, der eine Verabschiedung bisher verhinderte, sind die EU-Handelsbeschränkungen für lateinamerikanische Agrarprodukte.

3. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Brasiliens Wirtschaftsmotor kommt mehr und mehr auf Touren. Im vergangenen Jahr wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt um 5,4% und damit ganze zwei Prozentpunkte mehr als im Durchschnitt der beiden vorangegangenen Jahre. Das größte lateinamerikanische Land profitiert dabei besonders von der regen Investitionstätigkeit sowohl ausländischer als auch inländischer Unternehmen. Die Brut-

toanlageinvestitionen stiegen 2007 real um 13,4%. Ungebrochen ist auch die Kaufkraft der Konsumenten, die von der gestiegenen Beschäftigung, höheren Reallöhnen, dem staatlichen Transferprogramm und verbesserten Kreditkonditionen profitieren. Die private Konsumnachfrage stieg 2007 preisbereinigt um 6,5%. Ein Dämpfer kommt allerdings vom Außenbeitrag, da die Importe von Waren und Dienstleistungen etwa dreimal so stark gestiegen sind wie die Exporte. Das liegt zum einen am hohen Importbedarf von Kapitalgütern und zum anderen an der starken Währungsaufwertung, wodurch die Importe billiger werden. Der Industriesektor zeigt sich allerdings robust gegenüber der größeren Importkonkurrenz.

In den vergangenen beiden Jahren haben die Finanzdienstleistungen den Bergbau-sektor als dynamischsten Wirtschaftszweig abgelöst. 2007 erzielten sie sogar eine zweistellige Zuwachsrate (+13%). Das Kreditvolumen nahm in den letzten vier Jahren dank gesunkener Zinsen – wenngleich auf nach wie vor hohem Niveau – und verbesserter Rahmengesetzgebung um durchschnittlich 22,1% zu. Der Anteil am BIP ist im gleichen Zeitraum von 24,6% auf 36,6% angestiegen. Gleichzeitig blieb der Anteil fauler Kredite aber relativ konstant bei rund 4%. Die Hypothekenkrise aus den USA ging an den lateinamerikanischen Finanzsystemen relativ spurlos vorüber. Die lokalen Banken sind nicht oder nur in geringem Ausmaß im US-Subprime-Segment engagiert, da sie sich überwiegend auf den florierenden heimischen Markt konzentrieren. Strukturierte Finanzprodukte spielen in der Region zudem bisher nur eine untergeordnete Rolle. Außerdem refinanzieren sich die meisten Banken überwiegend im Inland. Die gelockerte Geldpolitik hat einen maßgeblichen Anteil am derzeitigen Kreditboom. Seit Mitte 2003 hat die Zentralbank den Leitzins schrittweise von 26,5% bis auf 11,25% (September 2007) gesenkt. Möglich wurden die Zinssenkungen durch den Inflationsrückgang in den letzten Jahren. Der Tiefpunkt wurde im 1. Quartal 2007 mit einer Inflationsrate von 3% erreicht. Seitdem ist ein deutlicher Anstieg der Inflation zu beobachten, vor allem wegen der stark gestiegenen Nahrungsmittelpreise. Im April 2008 lagen die Verbraucherpreise bereits wieder 5% über dem Vorjahresniveau. Das hat auch die Zentralbank dazu veranlasst, ihren Zinssenkungszyklus zu unterbrechen. Im April 2008 reagierte sie sogar mit einer Anhebung des Leitzinses um 50 Basispunkte auf nunmehr 11,75%. Weitere Erhöhungen sind nicht auszuschließen. Für den restlichen Jahresverlauf ist mit einer Stabilisierung der Geldentwertung zu rechnen, bevor sich die Inflationsrate im kommenden Jahr wieder dem Ziel der Notenbank (4,5%) nähern dürfte.

Dank der robusten Binnenkonjunktur bleibt der Wachstumsausblick trotz der schwächeren weltwirtschaftlichen Dynamik positiv. Das Verbrauchervertrauen und die Konjunkturerwartungen der Unternehmer sind so gut wie schon lange nicht mehr. Für die Binnenkonjunktur ist daher momentan keine Abschwächung zu erwarten. Trotz eines stärker dämpfenden Effekts durch den negativen Außenbeitrag ist auf Sicht der kommenden Jahre weiterhin von Wachstumsraten über 4% auszugehen. Ein höheres Wirtschaftswachstum wird derzeit vor allem durch die mangel-

hafte Infrastruktur behindert. Insbesondere der Ausbau von Straßen und Häfen hat mit der wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre nicht mithalten. Im Rahmen des staatlichen Programms zur Wachstumsbeschleunigung, das Anfang 2007 aufgelegt wurde, sind jedoch bereits umfangreiche Investitionsvorhaben auf den Weg gebracht wurden.

4. Außenwirtschaft

Aufgrund seines großen Binnenmarktes ist Brasilien eine relativ geschlossene Volkswirtschaft. Der Offenheitsgrad – Exporte und Importe von Waren und Dienstleistungen gemessen am BIP – beträgt lediglich 26,2%. Knapp ein Drittel der Exporterlöse entfällt auf Rohstoffe (vor allem Eisenerz, Erdöl, Soja und Zucker). Damit profitiert Brasilien stark von den gestiegenen Rohstoffpreisen. Die Warenexporte legten im vergangenen Jahr auf US-Dollar-Basis um 16,7% zu. Der positive Trend in der Handelsbilanz wurde allerdings durch die starke Zunahme der Warenimporte (+32%) gestoppt. Der Überschuss ging um 6,3 Mrd. US-Dollar auf 40 Mrd. US-Dollar zurück. Da sich gleichzeitig das Defizit in der Dienstleistungs- und Einkommensbilanz weiter ausweitete, schrumpfte der Leistungsbilanzüberschuss auf karge 1,5 Mrd. US-Dollar zusammen. 2006 waren es noch 13,6 Mrd. US-Dollar. Auf Quartalsbasis verbucht Brasiliens Leistungsbilanz seit dem 4. Quartal 2007 wieder rote Zahlen. Für das laufende Jahr muss sogar mit einem Defizit in der Größenordnung von 30 Mrd. US-Dollar gerechnet werden, da allein von Januar bis April ein Fehlbetrag von 14,1 Mrd. US-Dollar zu Buche stand. Gemessen am BIP sind dies aber nicht einmal 2%. Zudem wird das Defizit von den Auslandsinvestitionen mehr als kompensiert. Die ausländischen Direktinvestitionen betragen im vergangenen Jahr 34,6 Mrd. US-Dollar und dürften im laufenden Jahr ähnlich hoch ausfallen.

Die starke Importzunahme ist zu einem großen Teil auf den stärkeren Real zurückzuführen, der die Kaufkraft der brasilianischen Importeure erhöht. Neben der starken Rohstoffnachfrage begünstigen die hohen Kapitalzuflüsse in Form von Direkt- und Portfolioinvestitionen die Aufwertung der Währung. Seit Oktober 2002 wertete der Real gegenüber dem US-Dollar um 58% auf. Allein seit Anfang 2008 waren es 6,6%, auch verursacht durch die größere Zinsdifferenz zu den USA. Ein Ende dieses Trends ist in unmittelbarer Zukunft noch nicht absehbar. Die Ende April 2008 erfolgte Einstufung Brasiliens in den „Investment Grade“ durch die Ratingagentur Standard & Poor's wird die Attraktivität des Landes vielmehr noch erhöhen und zu weiteren Kapitalzuflüssen führen. Moderierend dürfte allerdings neben der gestiegenen Importnachfrage die erwartete Erholung des US-Dollar wirken.

Der Rohstoffreichtum wird auch in Zukunft eine sprudelnde Devisenquelle für das Land sein. In den vergangenen Monaten verkündete die staatliche Erdölgesellschaft Petrobras den Fund großer Öl- und Gasvorkommen vor der brasilianischen Küste, mit denen sich Brasilien von Energieimporten unabhängig machen könnte. Bisher

ist allerdings unklar, wie groß die Vorkommen tatsächlich sind und ob die kostenintensive Förderung dieser in großer Tiefe lagernden offshore-Vorkommen überhaupt rentabel ist. Zudem würde die Erschließung einige Jahre dauern. Bereits jetzt kann Brasilien hingegen seine riesigen Agrarflächen gewinnbringend einsetzen. Angesichts niedriger Produktionskosten und hoher Weltmarktpreise für Agrarrohstoffe ist die Produktion sehr rentabel. Wichtigste landwirtschaftliche Exportprodukte sind Soja, dessen Preis sich allein 2007 verdoppelte, und Zucker. Nach den USA ist Brasilien der größte Exporteur von Sojabohnen, bei Zucker sogar Weltmarktführer. Das aus Zuckerrohr gewonnene Bioethanol wird zudem vor allem im Inland als alternativer Treibstoff eingesetzt. Der Großteil der brasilianischen Neuwagen kann dank der Flex-Fuel-Technologie mit einem beliebigen Mischungsverhältnis von Benzin und Ethanol betrieben werden. Der starke Ölpreisanstieg hat den preiswerteren Biotreibstoffen in den letzten Jahren zu einem rasanten Aufschwung verholfen, so dass ihnen für die Zukunft gute Exportaussichten prophezeit werden. Der Welthandel wird bisher aber noch durch hohe Importzölle und Subventionen in den Industrienationen erschwert. Mittlerweile sehen sich die Bioethanol-Verfechter zudem zunehmend der Kritik ausgesetzt, dass die starke Ausweitung des Zuckerrohranbaus für die Produktion von Biotreibstoffen zu einer verstärkten Abholzung des Regenwaldes und einer Verdrängung alternativer landwirtschaftlicher Produkte führt. Ersteres würde die positive Wirkung für den Klimaschutz in Frage stellen und letzteres wird als Argument für die stark gestiegenen Nahrungsmittelpreise angeführt.

5. Finanzstatus

Brasiliens Auslandsverschuldung ist im vergangenen Jahr um 41,4 Mrd. US-Dollar auf 240,8 Mrd. US-Dollar angestiegen. Das Verhältnis zum BIP blieb allerdings konstant bei vergleichsweise niedrigen 18,6%. Für den Schuldendienst müssen jedoch immer noch über 20% der Exporterlöse aus Waren und Dienstleistungen aufgebracht werden, was allerdings auch der niedrigen Exportquote geschuldet ist. Hier ist aber ein eindeutig positiver Trend festzustellen. Zudem investieren brasilianische Unternehmen zunehmend selbst im Ausland, was zu einer deutlichen Verringerung der Nettoauslandsverschuldung geführt hat. Der Finanzstatus hat sich zudem durch die enorme Akkumulation von Währungsreserven deutlich verbessert. Allein 2007 haben sich die Reserven mehr als verdoppelt, auf Sicht von zwei Jahren mehr als verdreifacht. Ende April 2008 beliefen sie sich auf 188,5 Mrd. US-Dollar.

Die stabile makroökonomische Entwicklung und das damit einhergehende niedrigere inländische Zinsniveau hat dem brasilianischen Staat in den letzten Jahren zunehmend die Verschuldung in heimischer Währung ermöglicht. Seit Mitte 2006 ist der brasilianische Staat bereits Nettogläubiger gegenüber dem Ausland, womit er weniger anfällig für Schwankungen des internationalen Zinsniveaus und des Wechselkurses geworden ist. Die Nettoauslandsforderungen betragen mittlerweile 9,8%

des BIP. Die gesamte Staatsverschuldung ist mit 63,6% des BIP (2007) allerdings noch recht hoch. So schloss das Haushaltsjahr 2007 zwar mit einem Primärüberschuss von knapp 4% des BIP, doch verblieb nach Abzug der Zinszahlungen (6,2% des BIP) noch eine Deckungslücke in Höhe von 2,3% des BIP. Die gute Konjunktur beschert dem Staat derzeit Rekordeinnahmen. Im 1. Quartal 2008 belief sich der Primärüberschuss auf 6,4% des BIP, so dass erstmals sogar nach Abzug der Zinsbelastung noch ein Überschuss von 0,5% des BIP übrig blieb. Ein stark aufgeblähter öffentlicher Sektor und die damit einhergehende unflexible Ausgabenstruktur (hohe Personalausgaben und Rentenverpflichtungen) erschweren jedoch die nachhaltige Konsolidierung des Staatshaushalts. Die Regierung hat vor kurzem die Einrichtung eines Staatsfonds beschlossen, in den zusätzliche Haushaltsüberschüsse eingezahlt werden, die über den budgetierten Primärsaldo (derzeit 3,8% des BIP) hinausgehen. Damit sollen die zu erwartenden Rohstoffeinnahmen aus der Erschließung neuer Erdölfelder für zukünftige Generationen zurückgelegt werden. Äußerungen des Finanzministers zufolge könnte der Fonds aber auch einheimische Unternehmen bei Investitionen im Ausland unterstützen.

Im Länder-Kredit-Rating des „Institutional Investor“ vom März 2008 konnte Brasilien 2,4 Punkte gegenüber dem Vorjahr hinzugewinnen. Mit 60,6 von 100 möglichen Punkten belegt es damit den 60. Platz unter 174 bewerteten Ländern.

6. Ausblick

Die verbesserte makroökonomische Situation der vergangenen Jahre – erhöhte Preisstabilität, außenwirtschaftliche Überschüsse und eine geringere Nettoauslandsverschuldung – hat Brasilien für Investoren zunehmend attraktiv gemacht. Das Wirtschaftswachstum des Landes bleibt aber nach wie vor wegen struktureller Schwächen hinter dem anderer großer Entwicklungsländer zurück. Als Gründe sind vor allem ein hohes Maß an Bürokratie, das unflexible Arbeitsrecht und nicht zuletzt die mangelhafte Infrastruktur zu nennen. Der Staatshaushalt ist zudem wegen großer Fixkostenblöcke anfällig für konjunkturelle Schwächephasen. Die kurzfristigen Wachstumsaussichten bleiben dank der robusten Binnenkonjunktur positiv. Allerdings beeinträchtigt die starke Währung zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft, was sich an sinkenden Außenhandelsüberschüssen zeigt.

Abgeschlossen am 27. Mai 2008

Verfasser:

Sebastian Kripfganz
Tel +49 89 2171-26858
sebastian.kripfganz@bayernlb.de

Redaktion:

Volkswirtschaftliche Länder- und
Branchenanalyse
Volkswirtschaft und Research
volkswirtschaft@bayernlb.de
www.bayernlb.de

Geschäftsgebäude:

Bayerische Landesbank
Brienner Straße 18
80277 München
Tel +49 89 2171-21304
Fax +49 89 2171-21329